

Michaela Rosenberger, stellvertretende NGG-Vorsitzende

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor zehn Jahren – lasst mich einmal so weit zurückgehen – hat Walter Riester – wir erinnern uns -, der damalige Arbeitsminister und einer von uns, auf unserem 13. NGG-Gewerkschaftstag in Hamburg folgende Worte gesagt: „Es geht um die Frage, ob die Menschen merken, es macht Spaß, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuarbeiten.“ Diese Worte fielen in der kurzen Euphorie nach dem Wahlsieg der rot-grünen Koalition.

Unser Kollege Thomas Gauger hat vor fünf Jahren auf dem letzten Gewerkschaftstag über diese Äußerung gesagt: Damals hatte man das Gefühl, der demokratische Sozialismus sei nur noch eine Frage von Wochen.

Was dann tatsächlich folgte, ist bekannt: das Jahrzehnt der Entstaatlichung, der größte Sozialabbau in der Nachkriegsgeschichte, die Erosion, das Schrumpfen der Mittelschicht, der Rückgang von Lohnquote und Reallöhnen, all das unter maßgeblicher Beteiligung bzw. sogar Führung der SPD.

Bereits vor fünf Jahren auf dem Gewerkschaftstag in Magdeburg gab es viele Wortbeiträge über die Ohnmacht unserer aktiven Mitglieder über die Partei. Schon damals war unser berechtigter Eindruck, dass die SPD den Kontakt zu den Menschen und ihren Sorgen und Nöten verloren hat.

(Beifall)

Ich gebe zu, gestern hörte sich das schon anders an, und ich hoffe, die SPD findet ihren Kurs wieder. Aber in der Praxis der SPD-Politik der letzten fünf Jahre ist schon nachzuhaken, wo die Frage geblieben ist, die Walter Riester einst gestellt hat. Wie merken so die Menschen, dass es Spaß macht, an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuarbeiten?

Vor fünf Jahren hat Franz-Josef Möltenberg gesagt: Wir Gewerkschaften sind die einzigen, die noch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen. Das gilt auch heute noch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Arbeit in den Betrieben und in der Öffentlichkeit hat in den letzten fünf Jahren an Bedeutung gewonnen. In diesen fünf Jahren haben wir viele Auseinandersetzungen geführt, manche gewonnen, manche leider auch verloren.

Mir habt ihr vor fünf Jahren den Auftrag gegeben, gemeinsam mit Franz-Josef Möltenberg, mit Werner Weck und anschließend mit Gunold Fischer im geschäftsführenden Hauptvorstand die Geschicke von NGG zu steuern. Und ich will sagen: Das Wort von Walter Riester ist mir in diesen fünf Jahren Maxime gewesen. Ich will den schriftlichen Geschäftsbericht mit einigen von dieser Maxime geleiteten Anmerkungen zu meinem Verantwortungsbereich ergänzen.

Zu diesen Aufgabenbereichen gehört die Sozialpolitik. Da kann man angesichts der Agenda 2010 und der ihr folgenden Entwicklung nicht sagen, dass dieser Bereich die letzten fünf Jahre nur Spaß gemacht hat. Im 21. Jahrhundert ist Sozialpolitik Verteilungspolitik. Gerade deshalb gilt heute für uns mehr denn je: Wir werden weitere Abwehrschlachten zu führen haben. Da wäre zu nennen das schon oft zitierte vorgesehene Rentenkürzungsprogramm der Regierung Rente mit 67. Ein falsches Konzept, das sich die Regierung da ausgedacht hat. Menschen länger arbeiten zu lassen, um die Rente halbwegs finanzierbar zu machen, ist der falsche Weg. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihr Leben lang gearbeitet, damit es den Unternehmen und der Gesellschaft gut geht. Es geht hier nicht um Almosen, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Jahrzehnte fleißig ihre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt. Mit Würde sollten diese Kolleginnen und Kollegen in Rente gehen.

(Beifall)

Doch was passiert stattdessen? Die Höhe der gesetzlichen Rente wird nicht ausreichen für ein Auskommen im Alter. Besonders Frauen werden von Armutsgrenzen betroffen sein; denn schon heute sind ihre Rentenansprüche gering. Nur wer in der Arbeit entsprechend vorgesorgt hat, kann noch mit einigermaßen sorglosem Ruhestand rechnen. Doch wie und wovon, wenn man für 38 Stunden Arbeit die Woche mit 1.300 € brutto am Monatsende nach Hause geht? Wie und wovon, wenn man zu Hause noch Mäuler zu stopfen hat? Und wie und wovon, wenn das Geld am Monatsende gerade so für das Nötigste reicht? Solange die Arbeitgeber nicht verpflichtet sind, sich an der betrieblichen Altersvorsorge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beteiligen, wird es wieder nur einer bestimmten Gruppe vorbehalten sein, Alterssicherung in ausreichendem Maße zu betreiben.

Was wir brauchen, ist ein neuer Generationenvertrag, damit der vorprogrammierten Altersarmut etwas entgegengesetzt wird. Dazu gehört auch ein flexibler Altersübergang, der durch die Fortführung der

Altersteilzeit ermöglicht wird. Michael Sommer hatte gestern Recht: Wir müssen das gestrige Signal von Franz Müntefering aufgreifen und dranbleiben. Wir wollen, dass die Bundesagentur für Arbeit auch weiterhin einen sichtbaren Beitrag zur Finanzierung der Altersteilzeit leistet, damit Ältere aus dem Berufsleben aussteigen und Junge hineinkommen können. Und auch der Zugang zur Erwerbsminderungsrente muss erleichtert werden.

Was wir brauchen, sind also keine neuen Kürzungsprogramme, sondern ein neues solidarisches Versicherungskonzept, eines, das alle Erwerbstätigen, also auch Selbstständige, Freiberufler, Parlamentarier und Beamte mit einbezieht. Wir haben es im Kreise der Gewerkschaften durchgerechnet. Das wäre solidarisch und gerecht, und vor allem, es wäre finanzierbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die soziale Spaltung hat sich tief in unsere Gesellschaft hineingefressen. Erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte müssen wir feststellen, dass unsere Mittelschicht schrumpft. Im Jahre 2000 verfügten 60 % der Bevölkerung über 70 bis 150 % des Durchschnittseinkommens und gehörten damit definitionsgemäß zur Mittelschicht. 2008 sind es 6 % weniger. Das sind fünf Millionen Menschen, die aus der Mittelschicht herausgefallen sind; buchstäblich, denn sie alle haben einen sozialen Abstieg erlebt. Oder anders ausgedrückt: Ein Viertel der Bevölkerung, also 20 Millionen Menschen, gehört mittlerweile in Deutschland zur unteren Schicht. Bitte stellt euch das vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, davon sind fünf Millionen erst in den letzten acht Jahren arm geworden.

Viele steigen von der Mittelschicht beispielsweise durch Verlust des Arbeitsplatzes und durch das Abrutschen in Arbeitslosengeld II, aber auch durch Eintritt in die Rente sehr schnell in diese untere Schicht ab. Dagegen nichts zu unternehmen ist fahrlässig. Dass eine Bundesregierung diese Entwicklung treiben lässt und keine nachhaltige Gegensteuerung vornimmt, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte stimmt mir da zu, ist ein gesellschaftlicher Skandal.

(Beifall)

Die Kluft derer, die sich alles leisten können, zu denen, denen kaum etwas bleibt, wird immer größer. An diesen Menschen ist der Aufschwung vorbeigegangen, und diese Menschen haben das Vertrauen in unseren Sozialstaat verloren.

Wie wichtig wäre da eine SPD, die genau an dieser Stelle die Maxime von Walter Riester wieder zu ihrer Politik machte! Doch was tut die SPD stattdessen? Sie ignoriert die Signale, die die Menschen ihr geben: Es ist doch seltsam, dass eine kleine Korrektur an der Agenda 2010 mit der Verlängerung von Arbeitslosengeld I für ältere Beschäftigte schon als Heldentat und ein Zugehen auf die Gewerkschaften bejubelt wird. Es ist doch seltsam, dass die SPD bei einem historischen Stimmenverlust einer christlichen Partei, wie vor einigen Wochen in Bayern geschehen, nicht ein einziges Mandat hinzugewinnt, sondern ebenfalls Federn lässt. Und es ist doch seltsam, dass die Partei mit der größten Übereinstimmung ihrer Positionen mit denen der Gewerkschaft nicht mehr die SPD ist, sondern die Linkspartei, dass die SPD sie dennoch ignoriert und ausgrenzt und trotz der in vielen Parlamenten vorhandenen linken Mehrheit eine Zusammenarbeit mit der CDU vorzieht.

Das heißt trotz der Aufbruchstimmung vom Wochenende nichts anderes, lieber Franz Müntefering: Auch mit Herz und klarer Kante Hose voll!

(Beifall)

Nur damit ihr mich nicht falsch versteht: Schwarz-Gelb will ich auch nicht. Was ich aber genauso wenig will, ist eine die Sorge und Nöte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Arbeitslosen und Rentnern ignorierende Schröder-Politik, nicht unter Merkel und nicht unter Steinmeier/Müntefering.

(Beifall)

Ein weiteres Beispiel: Während Eltern aus den Villenvierteln lange überlegen, welche Privatschulen für ihr Kind denn nun die richtige ist, müssen Kinder aus sogenannten Bedarfsgemeinschaften ihre Ferienjobs anmelden. Denn alles über 100 € wird tatsächlich vom Regelsatz wieder abgezogen. Wenn die Eltern den Schülerjob nicht angeben, drohen Strafverfahren und Bußgeld. Es wäre zu wünschen, die Liechtensteiner Gang würde einmal so konsequent von der Justiz zur Verantwortung gezogen.

(Beifall)

Eines bleibt auf jeden Fall: Junge Menschen lernen so schon früh, dass sich Leistung nicht lohnt und dass das Prinzip des Förderns und Forderns das Prinzip einer Zweiklassengesellschaft ist.

Diese Zweiklassengesellschaft spüren wir beispielsweise auch in der Bildungspolitik. Das hat uns PISA gezeigt, das zeigen uns aber auch die immer geringer werdenden Anmeldungen an den Hochschulen von Kindern aus Arbeiterhaushalten. Es ist eine traurige Wahrheit, aber auch Bildung muss man sich in diesem Lande leisten können. Das darf so nicht sein, das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir halten daran fest, dass Bildung keine Frage der Herkunft sein darf. Olaf Scholz hat in diesem Punkt recht: Auch die Leute in Berlin-Neukölln oder in Hamburg-Wilhelmsburg – stellvertretend für alle ärmeren Bezirke dieser Republik – brauchen eine Chance.

(Beifall)

Es bleibt also noch viel für uns zu tun, um diesen Staat wieder gerechter zu machen. Denn Chancengleichheit besteht nicht dadurch, dass der Baum genügend Äpfel für alle trägt. Sie besteht erst dann, wenn auch der Kleinste eine Leiter bekommt, um sie zu pflücken. Das heißt für uns, allen Äußerungen entgegenzutreten, in denen zum Beispiel von hochdotierten Universitätsprofessoren öffentlich behauptet wird, 132 € würden zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausreichen. Solche Leute sollten das selbst einmal drei Monate ausprobieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich vor fünf Jahren angetreten bin, habe ich auch den Bereich Finanzen übernommen. Schnell war klar: Bei weiterhin sinkenden Mitgliederzahlen brauchen wir solide Finanzen, die sich an politischen Aufgaben und am Dienst für das Mitglied orientieren. Das bedeutet eine Sicherung der Einnahmen auf der einen Seite und ein Kostenmanagement auf der anderen mit dem Schwerpunkt der Begrenzung von Verwaltungskosten, ohne die politische Handlungsfähigkeit einzuschränken. Es bedeutete ebenso, keine Sparwut an den Tag zu legen, aber trotzdem immer wieder die Frage zu stellen, welche Ausgaben unseren Mitgliedern und unseren politischen Zielen wirklich nutzen.

Letztendlich ist es uns über die fünf Jahre hinweg gelungen, die Beitragseinnahmen zu stabilisieren und seit dem vergangenen Jahr sogar in ein leichtes Plus zu führen. Geschafft haben wir das, weil wir trotz Mitgliederverlusten den prozentualen Anteil unserer erwerbstätigen Mitglieder steigern konnten. Auch unser Zentraler Service hat dazu beigetragen und sicher auch unser Mitgliedervorteil. Geschafft haben wir das aber vor allen Dingen durch die Arbeit in den Regionen, durch den Einsatz aller hauptamtlich Beschäftigten einschließlich unserer Verwaltungsangestellten und weil unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben nicht nachlassen. Dafür an dieser Stelle euch ein herzliches Dankeschön und die Bitte, weiterzumachen!

(Beifall)

Es ist uns gelungen, im Sachkostenbereich an vielen Stellen Ausgaben einzusparen. Ein ganz wichtiger Bereich dabei war unsere EDV. Da hat uns die Frage beschäftigt: Wie schaffen wir bei gleichbleibenden Kosten eine moderne, zukunftsfähige EDV mit einer sicheren, unseren Bedürfnissen entsprechenden Mitgliederdatenbank? Viele Jahre hatten wir Probleme, unsere EDV den technischen Entwicklungen anzupassen. Das gilt nun nicht mehr. Unsere EDV ist auf der Höhe der Zeit und hält mit dem rasanten technischen Wandel Schritt.

Dazu ein Beispiel: In den letzten fünf Jahren haben wir alle Politischen Sekretärinnen und Sekretäre mit einem Netznotebook ausstatten können. Das hat mobil gemacht, vor allen Dingen aber die Möglichkeit geschaffen, fast überall und fast jederzeit zu kommunizieren und Daten und Informationen abzurufen – und das bei einer geringer werdenden Zahl von Beschäftigten und einem gleichzeitigen Steigen der Ansprüche. Heute kann ich sagen, dass es uns gelungen ist, unsere EDV zu verbessern und stetig zu aktualisieren, die Zufriedenheit zu erhöhen, unsere Hard- und Software zu modernisieren, neue Funktionalitäten zu realisieren und die Arbeitsprozesse zu unterstützen, und zwar bei gleichbleibenden Kosten.

Ich weiß auch, liebe hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen, dass einige von euch immer noch nicht hundertprozentig zufrieden sind. Aber seid sicher: Wir werden weiter daran arbeiten.

Wir haben in den vergangenen Jahren aber auch eine Vielzahl politischer Investitionen zur Sicherung unserer Eigenständigkeit und unserer politischen Handlungsfähigkeit auf den Weg gebracht. Klar ist: Wir halten unser Geld zusammen. Das gilt für die gesamte Organisation. Klar ist auch: Unsere Streikkasse ist gut gefüllt. Das

haben die vielen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren gezeigt, und das gilt weiterhin. Und allen Turbulenzen auf den Finanzmärkten zum Trotz: Unser NGG-Vermögen ist konservativ und solide angelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere stärkste Mitgliedergruppe stellt das Hotel- und Gastgewerbe. Hier liegt auch unser größtes Mitgliederpotenzial. Es ist uns in den vergangenen Jahren gelungen, den Mitgliederanteil zu halten und die Betreuungsstrukturen auszubauen. Ich erwähne stellvertretend nur einige: Maritim, Accor, Dorint, Hilton Mainz, McDonald's, Eurest und SSP. Aber das kann und darf uns nicht zufrieden stellen. Denn es gibt beispielsweise Hotelgruppen, die bei uns gar nicht vorkommen. Dazu gehören auch die NH-Hotels, die mittlerweile über 50 Häuser in Deutschland haben und in denen es bisher noch nicht gelungen ist, auch nur einen Betriebsrat zu installieren. Dazu gehört aber auch der Systemer Subway, der mit Dumpinglöhnen agiert, und auch bei Burger King gibt es noch genügend zu tun.

Wir haben in den nächsten Tagen auch darüber zu entscheiden, ob wir beispielsweise im Gastgewerbe Organizing-Kampagnen durchführen. Wir sollten prüfen, wo dieses Mittel das richtige Konzept ist. Die drei genannten Unternehmen gehören für mich da an oberste Stelle.

Nach sechs Jahren tariflosen Zustands ist es uns gelungen, für die Betriebe der Systemgastronomie im BdS wieder einen Entgelttarifvertrag abzuschließen. Allein dieser Umstand ist noch kein Grund zum Jubeln; denn die Tarifabschlüsse mit dem BdS haben teilweise eine leidvolle Geschichte. Und seit wir mit dem BdS Tarifverträge abschließen, führen wir auf den Gewerkschaftstagen darüber zum Teil leidenschaftlich Debatten. Sollte es auch heute dazu kommen, möchte ich selbstverständlich nicht vorgreifen; im Gegenteil, ich freue mich darauf.

Nur eines möchte ich sagen: Bei diesem Tarifabschluss ist es vor allem darum gegangen, tarifvertragliche Standards für unsere Mitglieder zu bekommen, klare Regelungen, die sie nicht mühsam und unter Risiko des Arbeitsplatzverlustes einklagen müssen. Dazu gehört auch, für viele in den letzten sechs Jahren neu eingestellte Mitarbeiter überhaupt tarifliche Grundlagen zu schaffen und aus dem tariflosen Zustand herauszukommen. Das geht nicht mit einem beliebigen Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen; das lehrt uns auch unsere eigene Erfahrung. Tarifdiktate lehnen wir ab. Um das sicherzustellen, war eine sorgfältige Vorarbeit nötig, um zu gewährleisten, dass sich die Aufnahme von Tarifverhandlungen auch tatsächlich lohnt.

Dies ist auch kein beliebiger Abschluss. Wir haben erste Gesprächsfäden aufnehmen können, um einen Einstieg in die tarifliche Altersvorsorge zu erreichen. Außerdem haben wir deutliche Entgeltsteigerungen festgeschrieben, mit einer Perspektive zur Erreichung des von uns geforderten Mindestlohnstandards.

Letztendlich hat uns nicht nur die seit dem Abschluss positive Mitgliederentwicklung in diesem Bereich gezeigt, dass es der Schritt in die richtige Richtung war. Ich glaube fest daran, dass diese Mitglieder einen Anspruch darauf haben, dass wir für sie Tarifverträge abschließen.

Mein Dank gilt allen ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen unserer NGG, die diesen Schritt möglich gemacht haben.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Schwert des Damokles, nämlich die Angst vor einem gesetzlichen Mindestlohn, muss den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, den DEHOGA, bewogen haben, mit uns wieder flächendeckend in Tarifverhandlungen zu treten. Anders ist dieser Sinneswandel nicht zu erklären. Und schon allein das zeigt, wie wichtig unsere Anstrengungen für den gesetzlichen Mindestlohn sind.

Klar ist aber auch, dass dieser Burgfrieden ein brüchiger ist, denn auf vielen anderen Gebieten müssen wir immer wieder feststellen, dass DEHOGA leider immer noch nicht in diesem Jahrhundert angekommen ist. Er spricht mit uns nicht über den Mindestlohn, obwohl der Niedriglohnanteil in dieser Branche bei sage und schreibe 71 % liegt. Er weigert sich, mit uns über einen Pflichtanteil der Arbeitgeber zur Hoga-Rente für alle Beschäftigten zu sprechen, nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen, die einen Vertrag abschließen. Auch Vereinbarungen zu Schwarzarbeit und Schwarzgeldzahlungen will DEHOGA nicht, denn er sieht nur wenige schwarze Schafe in der Branche.

Doch wir werden nicht nachlassen, Zoll und Staat daran zu erinnern, mit flächendeckenden Kontrollen DEHOGA da eines Besseren zu belehren.

Mittlerweile brechen 38 % der Auszubildenden in der Branche ihre Berufsausbildung ab. 43 % verlassen sie direkt nach erfolgter Ausbildung. Wir fordern deshalb schon lange eine Vereinbarung zu Ausbildungsbedingungen. Doch DEHOGA sagt nein, denn das werde alles schlimmer dargestellt, als es in Wirklichkeit ist.

Nazis versuchen mehr oder weniger offensichtlich, für ihre braunen Veranstaltungen Räume und Zimmer in Hotels anzumieten. Deshalb haben wir DEHOGA vorgeschlagen, mit uns eine Kampagne zu initiieren, die klarmacht, dass diese Gruppen nicht in unseren Hotels willkommen sind, und die klarmacht, dass die Gastgewerbebranche eine tolerante ist, in der viele Kulturen miteinander arbeiten und Freunde sind. Die Antwort des DEHOGA - im Gegensatz übrigens zur ANG - war auch hier: Nicht notwendig.

Diese Liste ließe sich endlos fortführen, doch trotzdem werden wir auch in Zukunft bei genau diesen Themen weitermachen, getreu dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein.

(Beifall)

Vorletzten Montag haben wir in Ulm mit einer Wanderausstellung mit dem Thema „Eine Mutter schreit um Hilfe“ zu den schlechten Ausbildungsbedingungen vor allem im Gastgewerbe begonnen. Das Presseecho war enorm. Wir haben die Ausstellung mitgebracht. Ihr könnt sie am Stand der jungen NGG besichtigen. Wir würden uns über euren Besuch freuen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit Freude blicke ich in die Runde, denn noch nie waren so viele Frauen auf einem Gewerkschaftstag der NGG. Mehr als 40 % unserer Delegierten - wir haben es eben gehört - sind weiblich, 8 % mehr als noch 2003. Möglich gemacht hat das der letzte Gewerkschaftstag, als er den Antrag S11, die Minderheitengeschlechterquote, in unserer Satzung festgeschrieben hat. Auch im Betriebsverfassungsgesetz haben wir damit gute Erfahrungen gemacht, ist es doch gelungen, die Anzahl der Frauen in Betriebsratsgremien erstmalig nach Einführung in 2002 zu erhöhen und 2006 ein weiteres Mal leicht zu steigern. Derzeit sind knapp 36 % unserer Betriebsräte weiblich.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, NGG ist kein Betrieb, im Gegenteil. Wir sind eine lebendige, dezentrale Organisation. Wir haben mit unserer Wahlordnung Neuland betreten und daher auch Erfahrungen sammeln müssen. Wichtig ist heute aber nur eines: Unsere Gremien sind weiblicher geworden, und das ist gut für unsere NGG;

(Beifall)

denn wir können und wollen nicht auf den Sachverstand unserer Kolleginnen verzichten. Dafür Dank an alle, die mit ihrem Engagement zu diesem Ergebnis beigetragen haben, und Dank an unseren Landesbezirk Ost, der mit Petra Schwalbe zum ersten Mal in der Geschichte unserer NGG eine Kollegin zur Vorsitzenden gewählt hat. Das macht Mut.

(Beifall)

Das macht Mut, und es wäre richtig klasse, wenn wir beim nächsten Gewerkschaftstag vermelden: Wir haben mehr als 45 % weibliche Mitglieder und Delegierte.

Doch es ist lange nicht alles so rosarot in der Frauenpolitik. Das Statistische Bundesamt hat es an den Tag gebracht - Gunold Fischer hat eben schon darauf hingewiesen -: 25 % Entgelt Differenz bestehen bei vergleichbaren Tätigkeiten zwischen Mann und Frau in diesem Land. Fast ein Viertel weniger verdient beispielsweise die Köchin im Vergleich zu ihren Kollegen. Damit bildet Deutschland das Schlusslicht in der Europäischen Union. Noch schlechter sieht es nur in Estland, der Tschechoslowakei und in Zypern aus.

Die Gründe dafür sind vielfältig; lasst mich daher nur einige nennen. Zwar ist die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland auf gut 60 % gestiegen, doch noch immer liegt die Quote der Vollzeitstellen unter 50 %. Jede dritte Frau arbeitet unterhalb der Niedriglohnschwelle. Bei Minijobberinnen sind es sogar mehr als 90 %. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen ist von 7,5 auf 5,5 % zurückgegangen, obwohl wir es mit der am besten ausgebildeten Frauengeneration überhaupt zu tun haben.

Ein weiterer Grund ist immer noch der Widerstreit Arbeitskraft in der Mutterrolle wegen langer Arbeitsunterbrechung, Teilzeit, geringerer Betriebszugehörigkeit. Aber nicht außer Acht lassen dürfen wir auch unsere Rolle in den Tarifverträgen. Sie müssen diskriminierungsfrei gestaltet sein, mit geschlechtergerechter Arbeitsplatzbewertung. Hierzu werden wir übrigens in nächster Zeit eine Broschüre herausbringen.

Ich freue mich auf die hoffentlich lebhaften Diskussionen, die wir in den nächsten Tagen zur Frage auch der Geschlechtergleichheit noch führen werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, fast gebetsmühlenartig sagen wir es immer und immer wieder: Die Jugend ist unsere Zukunft. Das ist immer noch richtig. Aber lasst uns dabei nicht vergessen, dass wir alle es sind, die den jungen Menschen die Zukunft möglich machen. Das bedeutet für uns große Verantwortung, z. B. im Bereich der Berufsausbildung. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist angesichts der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht leicht. Allen Jubelmeldungen der letzten Tage zum Trotz - der Ausbildungspakt zwischen Arbeitgebern und Regierung ist gescheitert!

(Beifall)

Denn was Olaf Scholz gestern hier verkündet hat, dass nämlich 640.000 Ausbildungsstellen vermittelt seien, ist schlicht nicht wahr, sondern es sind nur knapp 429.000 Plätze. So sagt es jedenfalls die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im August. Die übrigen Stellen hat Olaf Scholz wohl schön gerechnet oder schlichtweg hinzugedichtet; denn die Wahrheit ist eine andere: Wir schieben eine Lawine von 300.000 jungen Menschen vor uns her, die seit Jahren vergeblich auf einen Ausbildungsplatz warten und die überhaupt nicht mehr in dieser Statistik auftauchen. Und auch in diesem Jahr fehlen wieder mehr als 170.000 betriebliche Ausbildungsplätze.

Wir haben es gestern gehört: Das wird schön gerechnet. Hier ein Bewerbungstraining, dort eine Eingliederungsmaßnahme, hier ein Praktikum, Wehr- oder Ersatzdienst, Soziales Jahr, berufsvorbereitende Maßnahmen. Mit solch einer Milchmädchenrechnung kann man sich natürlich in Pose werfen und sagen, dass wir genügend Ausbildungsstellen für alle haben.

Die Wahrheit aber ist – das hat Olaf Scholz gestern auch zugegeben -, dass nicht alle jungen Leute versorgt werden und dass ohne die Einsicht der Arbeitgeber nur die demografische Entwicklung die Lage für die jungen Menschen entzerren wird. Es ist deshalb ein Hohn, wenn die Wirtschaft jetzt den Fachkräftemangel beklagt. Fachkräfte haben wollen, sich aber vor der Ausbildung drücken, das funktioniert auf Dauer eben nicht. Auch deshalb ist unsere gute alte Forderung der Ausbildungsplatzumlage die einzige Antwort auf diese auch volkswirtschaftlich komplett irrsinnige Abwehrhaltung der Arbeitgeber.

(Beifall)

Um es aber auch ganz deutlich zu sagen: Der Fehler liegt nicht im System der dualen Berufsausbildung. Sie ist zukunftsfähig, und sie war in den letzten Jahrzehnten Garant dafür, dass wir immer noch die mit am besten ausgebildeten Fachkräfte haben. Auch unsere NGG hat in den letzten fünf Jahren unsere Berufsbilder den neuesten Anforderungen angepasst. Aber wir stellen immer wieder fest, dass es darauf ankommt, dass Berufsausbildung auch gelebt wird. Das heißt, dass die Arbeitgeber in ihrer Verantwortung genügend, aber auch qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Im Übrigen: Dort, wo wir Betriebsräte und JAVen haben, können wir feststellen, dass Berufsausbildung auch funktioniert.

Erfreulich ist unsere Mitgliederentwicklung im Jugendbereich, die ganz aktuell im letzten Monat auf über 14.000 gestiegen ist. Das sind über 543 junge Mitglieder mehr als noch vor einem Jahr. Bei den Auszubildenden ist es gelungen, die Zahl sogar um 12,7 % zu steigern. Das beweist einmal wieder, wie wichtig unsere Berufsschulaktionen sind. Das zeigt aber auch, dass die Stellen der Jugendsekretärinnen und –sekretäre in den Ländern eine gute Investition waren.

(Beifall)

Ebenso ist es uns gelungen, die Zahl der Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Gesamt-JAVen zu steigern. Mehr als 60 Anmeldungen zu unseren JAV-Seminaren sind mittlerweile keine Seltenheit. Fast 500 junge Kolleginnen und Kollegen haben in den letzten fünf Jahren an diesen Seminaren teilgenommen. Das ist im Übrigen eine gute Investition in die Zukunft; denn nicht selten finden wir sie ja in Betriebsratsgremien wieder.

Auch politische Bildungsthemen gehörten selbstverständlich dazu; dazu gehörte auch das Thema Rechtsextremismus. Oder aber Seminare zur Berufsförderung werden rege besucht.

Gemeinsam teamen diese Seminare Haupt- und Ehrenamtliche, und sie leben eine lebendige, frische, junge NGG vor. Darüber werden wir in dieser Woche aber noch mehr erfahren. Ich will da jetzt nicht zu viel verraten.

Mein Dank an dieser Stelle gilt dann aber doch unserer JungeNGG. Ich freue mich auf die Aktion, die sie vorbereitet hat, um unseren Gewerkschaftstag noch lebendiger und noch bunter zu machen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles haben wir erreicht, und viele Aufgaben und Herausforderungen warten in den kommenden fünf Jahren auf uns. Mir war und ist wichtig, mich für die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder einzusetzen. Ich komme auf Walter Riester zurück. Das hat mir in den letzten fünf Jahren auch immer Freude gemacht. Ich denke – und hoffe, ihr stimmt mir da zu -, ich konnte einen kleinen Teil dazu beitragen, dass NGG auf gutem Kurs ist und dass NGG eine Stimme in dieser Gesellschaft ist, die - unabhängig davon, dass andere vielleicht ihre Vorsätze verloren haben - den Menschen ein positives Bild von der Gesellschaft zeichnet und sie zur Mitarbeit ermuntert, für eine gerechte Verteilung unserer Lebensressourcen eintritt und ihren Mitgliedern die Zuversicht vermittelt, dass es sich lohnt, für die eigenen Interessen einzutreten; denn, wie gesagt, das ist wichtiger denn je.

Mein Dank gilt all den Kolleginnen und Kollegen in der Hauptverwaltung, in meiner Abteilung, in den Landesbezirken und Regionen. Mein Dank gilt natürlich auch meinen Kollegen im Geschäftsführenden Hauptvorstand Franz-Josef Möllenberg, Werner Weck und Gunold Fischer, die mich dabei in den letzten fünf Jahren unterstützt und die mich kritisch begleitet haben.

Mein Dank gilt aber vor allem euch, die ihr alle einen ebenso wichtigen Anteil daran habt, dass NGG ist, was sie ist: die älteste und modernste und vor allem die beste Gewerkschaft der Welt. – Danke.

(Lebhafter Beifall)